

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Arbeiterkampf und Wucherertreiben.

Essen, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Abwehrwille der Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet nimmt fortgesetzt zu. Neben dem deutschen Proletariat sind die polnischen Arbeiter der Zechen, deren Direktoren bereits zu Ende der vergangenen Woche verhaftet wurden, weiterhin im Streik. Heute sind weitere sechs Zechen in den Ausstand getreten, so daß jetzt ungefähr 25 Gruben die Arbeit restlos eingestellt haben und passive Resistenz üben. Das ist ein „Erfolg“ Poincarés, der sich nach einer Verurteilung der Zechendirektoren ganz erheblich steigern wird.

Der entschiedene Kampfeswille unserer Arbeiterschaft muß leider abgeschwächt werden, wenn das Verhalten gewisser Kreise, die sich der „Vaterlandsliebe“ bei jeder Gelegenheit rühmen, in Wirklichkeit aber keine Scheu davor haben, aus der Not des Volkes und dem Opferfinn der werklätigen Bevölkerung Gewinn zu erzielen, sich nicht ändert. Seit der Ankunft der Franzosen und Belgier im Ruhrgebiet weist z. B. der Viehmarkt in Essen eine dreißig Prozent höhere Verkaufszahl mit Schweinen auf als vorher. Aus dieser Tatsache ist zu entnehmen, daß sowohl die Mäster, wie auch der Handel infolge der Besetzung auf besonders hohe Preise spekulieren; während der kurzen Dauer der Besatzungszeit ist der Preis für das Pfund Lebendgewicht im Durchschnitt um 25 Proz. gestiegen. Die Stadtverwaltung Essen hat hier bereits mit Erfolg eingegriffen. Aber es wird Aufgabe der Reichsregierung bleiben, dem unerantwortlichen Treiben derer, die aus der Not des Volkes Profit zu ziehen gedenken, schnell und entschieden einen Strich durch die Rechnung zu machen. Das ist um so mehr notwendig, als für die Lebenshaltung gewisse Gefahren bestehen.

Die Franzosen, die mit der „friedlichen Aktion“ Poincarés beauftragt sind, scheuen nicht davor zurück, der Bevölkerung die aufgespeicherten Lebensmittel zu nehmen. Unter andern wurde heute vormittag das städtische Schlachthaus in Recklinghausen bis auf das letzte Pfund Fleisch ausgeplündert. Noch nicht einmal das Gefrierfleisch, das als Vorratseis gelagert war, hat man zurückgelassen. Und trotzdem schämt sich Poincaré nicht, durch seine Beauftragten der deutschen Bevölkerung „eine bessere Lebenshaltung“ vorzuschreiben zu lassen.

Die Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet ist das wichtigste Problem, das von der Regierung behandelt werden muß, soll der Kampf der Bergarbeiter mit Erfolg zu Ende geführt werden. Man muß natürlich damit rechnen, daß mit einer starken Lebensmittelanfuhr der Lebensmittelraub der Besatzung gesteigert wird, um die Bevölkerung mürbe zu machen. Diese Tatsache müssen die amtlichen Stellen in Berlin bei den eventuellen Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets mit in Rechnung stellen.

Einigkeit in der Abwehr.

Eine Konferenz von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären aus dem alten und neu besetzten Gebiet trat am Sonntag den Beschlüssen der Berliner Vorstandskonferenz vom 19. Januar einmütig bei. Die Berichte aus den verschiedenen Bezirken legten Zeugnis ab von dem einheitslichen Kampfwillen, der die gesamte Arbeiterschaft befeuert. Weder mit Zuckerbrot noch mit Peitsche werden die Franzosen die Arbeiter ihrem Willen gefügig machen.

Die Konferenz war einig darin, daß die Arbeiterschaft den schweren und vielleicht langwierigen Abwehrkampf gegen den verübten Rechtsbruch in vorderster Reihe zu führen hat. Darum legte die Konferenz auch das größte Gewicht darauf, daß die kämpfenden Arbeiter über alle zu ergreifenden Maßnahmen rechtzeitig gehört werden, und daß für ihre Ernährung und auskömmliche Entlohnung genügend gesorgt wird.

Die Kohlenverteilung geht heute in dem gleichen Maße weiter, wie in den letzten Tagen. Am Montag sind von der Eisenbahn 13 692 Wagen für den Kohlentransport gestellt worden. Heute sind 17 600 Wagen angefordert. Voraussichtlich werden aber nur 12 700 Wagen gestellt werden können, da die Befragung den Verkehr verwirrt.

Die friedliche Aktion.

Bochum, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Für das „Wohlfühlen“ der Besatzungsbehörde spricht folgendes Ereignis: Der Maurermeister Eibers aus Steele wurde wegen Beleidigung der französischen Besatzung innerhalb 24 Stunden zu 20 Tagen Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe verurteilt. Die „Beleidigung“ bestand darin, daß Eibers in angeheitertem Zustande zu französischen Soldaten gesagt hat: „Was habt Ihr für schöne Stiefel an.“ Die „friedliche Aktion“ zeichnet sich sündlich mehr durch pöbelhaftes Verhalten der Soldaten gegen die Bevölkerung aus.

Essen, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Verhaftungen scheint jetzt die Ueberwachung der Telefongespräche der gewerkschaftlichen Organisationen und der Arbeitgeberverbände die nächste Aufgabe der Besatzungstruppen zu sein. Eine Briefkontrolle, die zur Folge hat, daß die Briefe regelmäßig 24 Stunden später als sonst in den Besitz der Organisation gelangen, ist bereits eingeführt worden. Die Telefonüberwachung plant man durch Anlegen besonderer Leitungen. Die erste Leitung zum Belauschen der Gespräche des Bergbauischen Vereins ist im Bau, natürlich wirken deutsche Arbeiter dabei nicht mit.

bei Holz- und Kohlenlieferungen den militärischen Vormarsch bis nach Berlin, die Verhaftung aller wirtschaftlichen und politischen Führer in Deutschland, die beliebige Beschlagnahme deutschen Staats- und Privateigentums oder was den Franzosen sonst beliebt, rechtfertigen würden. Der in der Antwort bekundeten Entschlossenheit der französischen Regierung, ihr Unrecht immer weiter zu treiben, wird auf deutscher Seite mit nicht geringerer Entschlossenheit der moralische Widerstand des deutschen Volkes entgegenzutreten. Die Drohung mit weiteren Sanktionen wird uns nicht hindern, auf dem Standpunkte unseres guten Rechtes zu verharren, der weder durch Umkehrungen des Tatbestandes noch durch Willkür und Gewaltakte entkräftet werden kann.

Die Verkehrsverwirrung.

Essen, 23. Januar. (WZ.) Die Eingriffe der Franzosen in das Verkehrsweesen haben bereits erhebliche Störungen hervorgerufen. Die Ankünfte von Kohlen per Achse im Ruhrorter Hafen, die bereits in starkem Rückgang begriffen waren, haben heute so gut wie ganz aufgehört, so daß keinerlei Verladungen mehr stattfinden können. Einige noch in Fahrt befindliche Schiffe sind von den Franzosen beschlagnahmt worden, doch ist ihre Weiterführung unmöglich, da Schleppen und Durchschleusen solcher Röhne verboten ist.

Dollar schwankend.

Die Lage des Devisenmarktes war heute unklarer denn je. Das vorliegende Material an politischen Nachrichten ist ziemlich widerspruchsvoll und gestattet keine sichere Orientierung. Außerdem wird die hiesige Börse dadurch irreführt, daß New York der Abwärtsbewegung der Markt an den anderen Börsen nur sehr zögernd folgt und immer kurze Melde, die noch wesentlich über der Parität des Berliner Dollars liegen. Man handelte hier heute gegen mitot Dollarnoten mit 20 250, d. h. ganz wesentlich unter den gestrigen Kursen.

Für Effekten sind die Meinungen ebenfalls geteilt. Die Auslandskäufe in westdeutschen Rentenwerten, verschiedenen Teilsaktien und Gemischten Werten nehmen ihren Fortgang. Andererseits verhält man sich in Kreisen der Spekulation nicht, daß im Zusammenhang mit der politischen Lage auch eine Zuspitzung der Geldmarktsverhältnisse sehr leicht eintreten kann. Man sieht deshalb dem herannahenden Ultimo mit besonderen Sorgen entgegen.

Internationalisierter Hausbesitz.

Von A. Haas, Mitglied des Landtags.

In den nächsten Tagen wird sich der Preussische Landtag mit dem Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken befassen. Nach den stürmischen Beratungen im Ausschuss ist anzunehmen, daß das Gesetz auch im Plenum des Landtages heiß umstritten wird.

Im Oktober vergangenen Jahres fand durch eine „Große Anfrage“ der Volkspartei im Landtage eine ausgedehnte Debatte über den Verkauf deutschen Hausbesitzes durch Ausländer statt. Es wurde mächtig über die Ueberfremdung des Hausbesitzes geschimpft und von der Regierung Gegenmaßnahmen verlangt. Als die Regierung diesem Rufe nachkam und Anfang Dezember ein Gesetz vorlegte, wonach alle Verkäufe von Grundstücken über 100 Quadratmeter, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Grundstücke (die durch Reichsgesetz während des Krieges schon geregelt wurden), genehmigungspflichtig sein sollten, fanden die bürgerlichen Parteien ein Haar in der Suppe.

Die Bestimmungen, wonach in den Städten der Gemeindevorstand (Magistrat, Bürgermeister) und in den Landkreisen der Landrat über die Genehmigung oder Nichtgenehmigung entscheiden sollte, hatten es ihnen angetan. Daß die Genehmigung auch unter einer bestimmten Auflage, die der Käufer an die Gemeinde für den Wohnungsbau zu zahlen hätte, erfolgen könnte, wollten den Schätzen des Besitzes ebensowenig in den Kopf, wie das Verkaufsrecht, das der Gemeinde beim Verlegen der Genehmigung zustehen sollte. Der § 4 des Gesetzes sagte über die Nichtgenehmigung folgendes:

Die Genehmigung darf nur verweigert werden, wenn gewichtige Allgemeininteressen entgegenstehen, insbesondere

1. wenn durch die Ausführung des Rechtsgeschäfts die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks zum Schaden der Wohnungsfürsorge oder des Wirtschaftslebens gefährdet erscheint,
2. wenn das Rechtsgeschäft zum Zwecke der Stilllegung eines auf dem Grundstück betriebenen Industrie- oder gewerblichen Betriebes erfolgt, es sei denn, daß die Stilllegung aus besonderen Gründen gerechtfertigt erscheint,
3. wenn die Ueberweisung unter Ausnutzung der Notlage des Eigentümers zu unbilligen Bedingungen, insbesondere einem erheblich hinter dem Werte zurückbleibenden Preise erfolgen soll,
4. wenn die Veräußerung an jemanden erfolgt, der aus dem Grundstücksverkauf ein Gewerbe macht oder Grundstücke zu spekulativen Zwecken aufkauft.

Nachdem am 10. Januar der „Schuhverband für deutschen Grundbesitz“ im ehemaligen Herrenhause eine Delegiertenversammlung abgehalten hatte, worin der Geheimrat Nieber und der Kommerzienrat Haberland-Berlin das Gesetz in Grund und Boden verdonnert hatten, hagelte es täglich Petitionen von allen möglichen Hausbesitzervereinen auf die Abgeordneten. Deputationen auf Deputationen erschienen, um den „armen, verletzten Hausbesitz“ vor der „Sozialisierung“ (die man im Englischen „Nationalisierung“ nennt, Red. d. B.) zu schützen. Die Ueberfremdung (also Internationalisierung, Red. d. B.), war gar nicht mehr so schlimm, denn Geld stinkt nicht, auch wenn es vom Ausländer kommt. Es ist immerhin besser, daß der Ausländer den Besitz erhält, als deutsche Gemeinden. Alle Hinweise darauf, daß die Gemeinde nur dann das Vorkaufsrecht ausüben könnte, wenn die Genehmigung nach den Bestimmungen des § 4 verweigert worden sei und sie dann ja an das Angebot des Käufers, an dessen Stelle sie trete, gebunden wäre, halfen nichts. Vor Tisch wurde immer erzählt, so und so viele Hausbesitzer hätten ihr Haus dem Magistrat angeboten, aber der Magistrat wollte sie gar nicht von ihrem Jammerdasein erlösen. Nach Tisch war alles anders. Herr Haberland, der Direktor der Berliner Bodengesellschaft, hatte in der erwähnten Versammlung sogar den Ausspruch getan:

„Wir können uns nicht den Zugus erlauben, uns bei wirtschaftlichen Dingen vom Nationalgefühl leiten zu lassen.“

Wie es mit dem Grundstücksverkauf in Preußen aussieht, darüber geben nachstehende Zahlen einigen Aufschluß:

Stadt	Zeitraum	Gesamtzahl der Grundstücksverkäufe	Grundstücksverkäufe an Ausländer	
			Anzahl	n. d. Gesamtzahl in %
Breslau	1922	4596	998	21,7
Berlin-Mitte	1922	6300	3300	53
Charlottenburg	1922	3500	1885	50
Schöneberg	1922	2000	1600	80
Zehlendorf	1922	1350	725	54
Lichtenberg	1922	2800	250	10
Königsberg	1922	1250	250	20
Reutheim	1922	850	650	70
Wilmersdorf	1922	500	190	38
Wilmersdorf	1922	470	47	10
Wedding	1922	1800	1440	80
Halle	1. 4. bis 26. 12. 1922	786	38	4,8
Dortmund	1922	1150	43	3,7
Köln	1. 1. 20 bis 30. 9. 22	5278	614	11,6

Von allen Bezirken wird gemeldet, daß die Verkäufe im letzten Monat, nach Bekanntwerden des Gesetzes, ungeheuerlich stark zugenommen haben. Sie wollen noch alle ihren Besitz

Der Langendreer-Protest zurückgeschickt.

Die Note, worin der deutsche Geschäftsträger in Paris, auftragsgemäß gegen die Erschießung des Krankenträgers Kommissar Langendreer protestiert hatte, ist Herrn von Roese vom französischen Außenministerium mit folgender Begleitnote zurückgeschickt worden:

„Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der deutschen Botschaft das heute erhaltene Schreiben zurückzusenden. Es ist ihm nicht möglich, ein Schreiben anzunehmen, das in derartigen Ausdrücken abgefaßt ist.“

Hierzu berichtet WZ.: Es sind nicht die Ausdrücke der Note, sondern die darin festgestellten Tatsachen und Verantwortlichkeiten, die der französischen Regierung unbequem sind und an die sie nicht erinnert zu werden wünscht. Die Rücksendung der Note schließt diese Tatsachen und Verantwortlichkeiten nicht aus der Welt. Sie zeigt nur, daß die französische Regierung nichts anzuführen weiß, was die Erschießung eines harmlosen Krankenträgers durch einen französischen Wachposten und die dieser Bluttat zugrunde liegenden Instruktionen zu rechtfertigen vermag.

Keine Aufhebung der Verhaftungen.

Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris folgende Mitteilung übersandt:

Die französische Regierung bekräftigt den Empfang des Aide-Mémoire, womit die deutsche Regierung gegen die Verhaftung gewisser Personen im Ruhrgebiet protestiert hat. Die französische Regierung weist diesen Protest zurück und ist entschlossen, ihm in keiner Weise Rechnung zu tragen.

Alle von der Okkupationsbehörde getroffenen Maßnahmen sind vollkommen rechtmäßig. Sie sind die Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verletzungen des Vertrages von Versailles. Die französische Regierung, entschlossen, die Ausführung dieses Vertrages durchzuführen, behält sich vor, alle anderen Sanktionen anzuordnen, welche die Haltung der deutschen Regierung, der deutschen Beamten oder der deutschen Staatsangehörigen notwendig machen sollten.“

WZ. schreibt dazu: Die französische Regierung hält also die Ausführung sachlicher und rechtlicher Gründe für ihre Gewaltakte nicht mehr für erforderlich, sondern sie versucht, durch eine bloße Behauptung die Dinge in ihr Gegenteil umzudrehen. Deutschland selbst soll an allem schuld sein, weil es die französische Aktion nicht unterstützt und es ablehnt, an einen vertragsbrüchigen Kontrahenten zu leisten, so lange er den rechtswidrigen Zustand aufrechterhält. Mit dieser Art zu argumentieren, könnte Herr Poincaré mühelos nachweisen, daß die deutschen Rückstände

In zahlungsfähige Hände bringen, damit, wie die Herrschaften sagen, die Häuser vor dem Verfall bewahrt werden, denn der solide Hausbesitz könnte ja keine Reparaturen mehr machen lassen. Dabei weiß jeder, daß die Schieber, Spekulanten und Reureichen sich am allerwenigsten um die Instandhaltung der Häuser bekümmern. Unzählige Grundstücke haben in den letzten Jahren drei, viermal ihren Besitzer gewechselt, ohne daß sie der Besitzer jemals gesehen hat.

Durch das fortwährende Umfallen der Zentrumsvertreter ist es den bürgerlichen Parteien gelungen, im Ausschuß dem Gesetz die „schlimmsten Giftzähne“ — Auslage und Verkaufsrecht — zu nehmen. Das Zentrum, das in dieser Frage, wie in so vielen anderen, gespalten ist, hat Tänze aufgeführt, wie sie nur in einer Partei möglich sind, in der sich stark widerstrebende Interessengruppen befinden. Unsere Genossen werden alles tun, um dem Messer wieder eine Klinge zu geben, das heißt dem Gesetz die Macht, es anzuwenden zu können im Interesse der Allgemeinheit gegen In- und Ausländer.

In Sachsen besteht ein derartiges Gesetz seit zwei Jahren; es hat in der Debatte eine große Rolle gespielt und wird im Plenum sicherlich zitiert werden. Daß es im roten Sachsen nicht zu fürchterlichen Zuständen geführt hat, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Genehmigungsanträge wurden 14848 gestellt. Versagt wurde die Genehmigung nur in 272 Fällen; dagegen wurde mit einer Auslage in 1308 Fällen genehmigt. Vom Vorkaufsrecht wurde nur in 325 Fällen Gebrauch gemacht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man in Sachsen den Gemeinden und Kreisen in allen Fällen das Vorkaufsrecht gegeben hat. Nach der preußischen Vorlage nur in den Fällen, wo man die Genehmigung nach den vorgeschriebenen Bestimmungen verweigerte.

Bei diesem Kampfe trennen sich die Geister nach Geld und Besitz; hoffen wir, daß die Besitzlosen im Parlament die Mehrheit haben.

Kraftmeier.

In dieser Zeit, da an der Ruhr um die Existenz des Reiches gerungen wird, sollte man den stillen und fähigen Widerstand der dortigen Bevölkerung nicht durch überflüssiges Kraftmeiertum — außerhalb der Befugniszone! — zu stören suchen. Es ist für die unter der ungeheuren Preissteigerung schwer leidenden arbeitenden Schichten schon ausreißend genug, wenn ihnen die Grubeninspektoren und Großindustriellen fortwährend als Helden vorgeführt werden, während die Herren doch selbst davon überzeugt sind, daß sie nur einfach ihre Pflicht gegen ihr Land erfüllen, genau so wie die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die oft unter schwierigeren Bedingungen dem fremden Militär ihren Willen zum Widerstand entgegensetzen.

Aber die Macht wird noch viel bössartiger, wenn vom sicheren Port Berliner Redaktionsstuben aus Ratschläge erteilt werden, die auf den Kommerz irgendeiner Burschenschaft sich imponant ausnehmen mögen, im nüchternen Leben aber entweder zu einer Provokation schlimmster Art oder zur Lächerlichkeit werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes fordert in burlesker Weise den Reichszentralrat, im Ruhrgebiet unter freiem Himmel eine Volksversammlung abzuhalten! Man müsse abwarten, ob die Franzosen auch den deutschen Reichszentralrat verhaften würden. Außerdem fragt das Blatt, wann die Regierung mit den kriegsmäßigen Repressalien beginne und in Deutschland „Balutafranzosen“ als Vergeltung für die verhafteten Grubenleiter einsperre!

Man könnte zunächst fragen, warum denn nicht Herr Hugo Stinnes, der Eigentümer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, im Ruhrgebiet unter freiem Himmel Versammlungen abhalte, statt daß er in dieser Zeit der Not im Thüringer Winterkurort Oberhof der Ruhe pflegt. Aber wir stellen die Frage nicht, denn auch eine Stinnes-Versammlung würde gegenwärtig wahrscheinlich mehr schaden als nützen. Um wieviel mehr erst eine Veranstaltung des Kanzlers,

der von Herrn Stresemann aufdringlich als der erste Kanzler der „Aktivität“ gepriesen wird. Es erscheint uns notwendig, den moralischen Mut der Ruhrleute zu stärken. Aber durchaus verwerflich, mit den Mitteln der Kriegspolizei zu arbeiten und eine Hurra Stimmung erzeugen zu wollen, während der Dollar in der kurzen Zeit der „Regierung der Aktivität“ von 8000 auf weit über 20 000 gestiegen ist.

Diese Ablehnung der Bramarbasaden gilt auch für die Versuche, an der allgemeinen Begeisterung wieder einen kleinen Scheiterhaufen für Kommunisten zu entzünden. In allen Tonarten kehrt der Reim wieder, daß man gegen die Kommunisten vorgehen müsse, ganz wie es der französische Nationalablock gegen Cadin getan. Sogar der sonst ruhig urteilende Heinrich Rippler versucht, die deutsche Regierung zu Kraftanstrengungen — „ungleich ihrer Vorgängerin!“ — nach dieser Richtung anzustacheln. Und in der deutschnationalen Presse heult der Chor die gleiche Weise. Wir warnen die Regierung davor, etwa mit Ausnahmeverordnungen oder dergleichen sich in Abenteuer zu stürzen. Sie könnte dadurch sehr leicht die Abwehrfront gegen den militärischen Einbruch in deutsches Gebiet selbst zerstören. Und zum Kraftmeiertum haben wir wirklich keine Zeit. Ebensovienig, um kleine oder große Belagerungszustände wieder einzuführen, die vom Kriege her noch in der unangenehmsten Erinnerung sind.

Keine Verwirrungsphrasen!

In Hamburg hat der Abgeordnete Stresemann in einer öffentlichen Versammlung anlässlich eines örtlichen Parteitag der Deutschen Volkspartei den Kampf, der sich augenblicklich im Ruhrgebiet abspielt, als „einen Kampf der Idee der weltwirtschaftlichen Verbundenheit der Völker gegen die raublustige Machtpolitik eines einzigen Volkes“ bezeichnet. Er bezeichnete in dem Zusammenhang den Versailler Vertrag als einen „Fluch nicht nur für die Unterlegenen, sondern auch für die Sieger“. Er sollte in diesem Zusammenhang das Gespenst eines möglichen Bolschewismus in Deutschland an die Wand.

Es paßt nicht recht zu der Einsicht von der weltwirtschaftlichen Verbundenheit der Völker, wenn Dr. Stresemann im gleichen Atemzuge versichert, daß mancher, der früher auf den Militarismus geschimpft habe, froh sein würde, wenn wir ihn heute noch beschämen. Der Widerstand, der sich dem französischen Rechtsbruch im Ruhrgebiet entgegenstellt, kann nicht die Aufgabe haben, aus Deutschland, wie Stresemann meint, ein einziges Irland am Körper Europas zu machen und eine Revanchestimmung in Deutschland zu verbreiten. Es hieße die Aussichten Deutschlands nur verschlechtern, wenn die Außenpolitik der Regierung als eine Wendung und ein Bruch der bisherigen Politik aufzufassen wäre, wie deutschvolksparteiliche und viel mehr noch deutschnationale Stimmen es in diesen Tagen geflissentlich tun. Gerade angesichts der demnächst bevorstehenden Reparationsverhandlungen wird jede deutsche Regierung, so energisch und entschlossen sie sich gegen den Rechtsbruch des französischen Imperialismus wehrt, doch ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit den gesamten Alliierten bekunden müssen. Die Aktivität, die man von der Regierung Cuno in bestimmten Kreisen auf dem Gebiet der Phrase und der Selbstberauschung erwartet, wird sich ganz im Gegensatz zu diesen Einflüsterungen in einer klaren und eindeutigen Fortsetzung der von der Wirtschaftlichen Regierung eingeleiteten Bereitwilligkeit zu einer ehrlichen und für Deutschland erträglichen Erfüllungspolitik zeigen müssen.

Internationale Solidarität.

Protest der deutsch-tschechischen Gewerkschaften.

Beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist folgendes Telegramm aus Reichenberg eingegangen:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund der Tschechoslowakei gibt seiner Entrüstung über den französisch-belgischen Einfall in das Ruhrgebiet Ausdruck. Neue Kriegsfahr und weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands begleiten dieses empö-

rende und verbrecherische Abenteuer. Selbst bedrückt von schwerer, wirtschaftlicher Not, versichern die im Deutschen Gewerkschaftsbund der Tschechoslowakei organisierten Arbeiter und Angestellten die deutsche Arbeiterklasse ihrer Solidarität, insbesondere im Sinne der Beschlüsse des Internationalen Friedenskongresses und der Entscheidung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.“

Das Schweizer Proletariat gegen die Ruhrbesetzung.

Die Berner Arbeiterschaft beschloß nach Anhörung eines Referates des Genossen Grimm über die Ruhrbesetzung folgende Kundgebung:

Der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet ist ein Glied in der Kette der imperialistischen Ziele des kapitalistischen Frankreichs, eine Etappe auf dem Wege zur politischen und wirtschaftlichen Hegemonie des französischen Industriekapitals in Europa. Der Kampf zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus im Weltkrieg findet damit einen neuen Abschluß, der die ökonomischen Kräfte zugunsten des siegreichen Frankreichs verschiebe und an Stelle der deutschen Vorherrschaft das französische Uebergewicht bringt. Diese kapitalistische Umgruppierung, weit entfernt davon, der Menschheit den langerehnten Frieden und die Weltfriedenspolitik zu bringen, verschärft aufs neue die kapitalistisch-imperialistischen Gegensätze, vertieft den Nationalitätenhaß, vergrößert das wirtschaftliche Elend in Deutschland und damit die wirtschaftliche Krise für alle und bedroht die Menschheit durch ihre Interessen-gegenstände mit anderen, vorab den englischen Kapitalmächten wiederum mit kriegerischen Konflikten.

Die Arbeiterschaft, die gegen die Ziele und Uebergriffe des deutschen Imperialismus mit aller Schärfe protestiert hat, protestiert auch mit allen Kräften gegen die Ziele und Uebergriffe des französischen Imperialismus. Sie strukt fest, daß die bürgerliche Herrschaft den Frieden und die Abrüstung nicht gebracht hat, ist sich bewußt, daß es immer die Arbeiterklasse aller Völker sein wird, die die Kosten der imperialistischen Abenteuer der kapitalistischen Klassen zu tragen hat und erklärt, daß ein dauerhafter Weltfrieden, das wirtschaftliche Wohlergehen der Nationen und der Menschheit nur durch die Vernichtung der imperialistisch-kapitalistischen Ausbeutung und Profitwirtschaft in allen Ländern. So ergibt sich für das internationale Proletariat die Pflicht, in erster Linie den revolutionären Klassenkampf gegen die kapitalistischen Mächte im eigenen Lande zu führen und so die Vorbedingungen zu schaffen für die wahre internationale Verständigung der Arbeit und der Völker.

Für deutsch-französische Verständigung.

Paris, 23. Januar. (CP.) „Zeit Journal“ teilt mit, daß der Vorschlag in dem französischen Memorandumsentwurf, Barzahlungen durch eine innere Anleihe von drei Milliarden Goldmark zu ersetzen, zuerst auf der Pariser Konferenz durch den Marschese della Ferrera gemacht worden sei. Dieser Vorschlag hätte damals die Besetzung der Ruhr verhindern können. Der italienische Delegierte zog aber den Vorschlag zurück, da ihm Poincaré zu verstehen gab, daß eine Besprechung darüber nutzlos sei, da keine Verständigung mit England möglich sei. Poincaré nahm jetzt den gleichen Vorschlag wieder auf. Für den jetzigen Augenblick genüge dieser aber nicht, da es überhaupt nutzlos ist, von einem Memorandum zu sprechen, da Frankreich und Deutschland in einem waffenlosen Krieg stehen. Es wäre besser, wenn man ein für allemal das Reparationsproblem in seiner ganzen Ausdehnung und voller Tragweite prüfen würde. Einer solchen Initiative müßte allerdings vorgegangen, daß zwischen Frankreich und Deutschland eine Annäherung erzielt würde.

Die italienische Vermittlung.

Paris, 23. Januar. (DL.) In hiesigen politischen Kreisen wird bestätigt, daß Mussolini sich nach London und Paris gewandt hat, um in der Frage der Ruhraktion zu vermitteln. Gleichzeitig verlautet hier, daß der Berliner italienische Botschafter Bosdari sowohl den Alliierten als auch der deutschen Reichsregierung vorläufig rein privatim seine Vermittlerdienste angeboten habe.

An Berliner zuständigen Stellen liegen Nachrichten vor, daß der italienische Botschafter in Berlin, Bosdari, zwar den Alliierten seine Vermittlung angeboten haben soll, doch ist von einem solchen Angebot an die deutsche Regierung hier nichts bekannt.

Kriegsopfer.

Von J. Steiner-Jullien.

Es war am 6. September 1914. Die Marneschlacht hatte begonnen. Die deutsche Armee stand nördlich und östlich von Paris. Wir hatten Paris nach der noch offenen Seite verlassen und uns nach Bourdeaux geflüchtet, das damals die provisorische Hauptstadt Frankreichs war. Eine Fahrt von 27 Stunden, eingesperrt in einem mit Flüchtlingen überfüllten Pölvagen, lag hinter uns. Eine Fahrt in einer Alimosphäre der abenteuerlichsten Gerüche und Erzählungen, des Jammers und Fluchens, vorbei an frisch ausmarchierten Truppen, an endlosen Truppentransporten, an halb eingekleideten Landwehrlenten, die die Eisenbahnlinien gegen die Intenatate deutscher Spione bewachten, jener Spione, die man überall sah und die die Bevölkerung mit Schreden und Mut erfüllten. In dieser Alimosphäre des Wahnsinns, der überall gepregelte Bräuden, angezündete Wälder und Dörfer, abgehackte Kinderhände und Frauenbrüste sah, in dieser Alimosphäre des Krieges kamen wir müde, hungrig und übermüdet in Bourdeaux an, wo ich nur einige bekannte Genossen hatte, von denen ich nicht einmal die Adresse wußte.

Aufs Geradenweg in ein Hotel zu gehen und ein Zimmer zu mieten, daran war nicht zu denken. Wir hätten unsere Papiere vorzeigen müssen, und da wir „Feinde“ und ohne besondere Erlaubnis nach Bourdeaux gefahren waren, stand uns die sichere Verhaftung wegen Spionage in Aussicht, wenn nicht viel Schlimmeres.

Ich ging zur Arbeitsbörse, dem Sitz der Gewerkschaftsorganisationen. Meine Fragen nach den Adressen meiner Bekannten wurden mit der natürlichen Auskunft beantwortet: „Mobilisiert“.

Daran hatte ich nicht gedacht. Meine Frau und ich sahen uns an. Was nun?

Einfach so zu Sembat gehen, der damals Minister der öffentlichen Arbeiten war, im Direktorbureau eines neugebauten Anzeigens sein Ministerkabinett aufgeschlagen hatte, während seine Beamten in Schulhöfen auf Schulbänken saßen...? Nein, das ging nicht.

Ich machte einen letzten Versuch. Können Sie mir nicht die Adresse des Genossen... wie heißt er doch? (Ich glaube, ich hatte damals seinen Namen noch nicht gekannt.) Wissen Sie, er war vor zwei Jahren Sekretär des Organisationskomitees des Verbandes der Bauarbeiter. Ein älterer Genosse mit einem langen graumelierten Vollbart.

„Ah, Sie meinen Guireaud?“

„Ja, den meine ich.“

„Der ist noch nicht mobilisiert. Er wohnt Rue Bessfort Nr. 10.“

Mein Freund Guireaud — er ist mein Freund geworden — sah mit seiner Frau und seinem Jüngsten gerade beim Mittagessen, als wir eintraten.

Ich nannte meinen Namen und erinnerte ihn an den Bauarbeiterkongress von 1912.

Sein Gesicht hellte sich auf. Ja, gewiß, jetzt erinnerte er sich. Damals, mit den deutschen Genossen.

Wir mußten uns setzen, mitessen, seine Frau machte einen extra starken Kaffee, der uns doppelt wohl tat.

Und dann machte er sich auf die Suche nach einem vorläufigen Nachquartier und nach einer dauernden Wohnung bei Beuten, die

nicht nach unserer Staatsangehörigkeit fragten. Es mochte nicht leicht gewesen sein, denn Bourdeaux war voll von Flüchtlingen und dem Schwarm von Zeitungsmännern, Politikern usw., die der Regierung gefolgt waren. Aber Guireaud fand für uns eine ganze möblierte Wohnung für den Spottpreis von 40 Franken monatlich.

Wir verkehrten dann viel in seinem Hause als gern gesehene Gäste. Er hatte drei Söhne, wovon erst einer sich selbst erhalten konnte. Er selbst war durch den Krieg arbeitslos geworden. Er war Maler von Beruf. Er wurde Straßentrolcher, dann Ausbesserer an der Post. Er war ein vornehmer und kluger Mensch.

Wir sprachen viel über den Krieg, seine vermeintlichen Ursachen und voraussetzlichen Wirkungen. Wir sprachen uns immer ganz offen aus. Ich hatte nie das Empfinden, anders sprechen zu müssen, als ich dachte. Und ich dachte nicht immer so wie mein Freund Guireaud. Zwischen uns war der Krieg nicht, denn wir waren beide Genossen.

Wir sind dann, über diese Episode hinaus, im Briefwechsel geblieben. Und immer lehrte seine klagende und anklagende Frage wieder: Wann wird endlich Frieden werden?

Und nun ist er tot. Auch mein Freund Guireaud aus Bourdeaux. Nach Sembat und Gureudo, die mir auch während des Krieges nicht anders begegneten als früher. Er ist tot. Herzleidend. 1914 war er es noch nicht. Ein spätes Opfer des Krieges.

Die Architekten beim Reichspräsidenten. Um für die Ueberweisung von 3 Millionen Mark aus der Weihnachtsstiftung der New Yorker Staatszeitung zu danken, ist der Bundesvorstand des Bundes deutscher Architekten beim Reichspräsidenten erschienen. Der Bundesvorstand hob bei dem Besuche hervor, daß der Ruf der freien deutschen Baukünstler, so wertvoll auch die Fürsorge mit Ueberweisung der Spende sei, am besten durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten gesteuert werden könnte. Das Reich habe es in der Hand, den Architekten Aufträge zu geben und damit nicht nur die Notlage der Privatarchitekten zu lindern, sondern auch gleichzeitig den Kulturinteressen des Reiches zu dienen. J. B. werden in Schlesien an den neuen Reichsgrenzen eine große Reihe von Staatsgebäuden zur Ausführung gebracht; auch die Schaffung neuer Zentralämter bei der Neuorganisation der Verwaltung in Deutsch-Oberschlesien erfordert die Errichtung neuer größerer staatlicher Bauleistungen. Es liegt im kulturellen Interesse Deutschlands, an den Grenzen des Reiches Bauten auszuführen, die das künstlerische Können der deutschen Architekten auch unseren östlichen Nachbarn vor Augen führen und so dazu beitragen, das Ansehen des deutschen Namens im Osten zu stärken. Im Wiederaufbauggebiet Ostpreußens kämpfen die Architekten bereits seit Monaten vergebens um die Anpassung ihrer Bezüge an die Kaufkraft des Geldes. Der Wiederaufbau der Provinz gerät da, weil die Architekten ihre wirtschaftliche Vernichtung nicht hinnehmen können, in schwierige, zeitraubende und für die Verwaltung kostspielige Verwickelungen. Auch im besetzten Gebiet im Westen müssen die Architekten, die zur Errichtung der Befestigungsbauten mit herangezogen werden, aufs schwerste kämpfen, damit die laufenden Verträge den heutigen Verhältnissen einigermaßen angepaßt werden. Wenn endlich die Notlage dem Reich und den

Ländern zur Pflicht macht, den Behördenapparat immer mehr abzubauen, so ist der Gedanke erwägenswert, die staatlichen Bauämter, deren Arbeit von den Privatarchitekten mit gleichem Erfolge geleistet werden kann, möglichst einzuschränken. Es wird zwar häufig eingewandt, daß Privatarchitekten teurer bauen als das staatliche Bauamt. Daher wünschten die Vertreter des BDA eine parlamentarische Kommission, die die Frage der Kosten des Einzelbaues und der Zweckmäßigkeit großer Bauämter für Staat und Baukunst erörtert. Endlich sollte die längst versprochene Ueberprüfung der Gebührenordnung des BDA, mit dem diese ihrer Anerkennung durch die Reichsbehörden erfolgen. Der Reichspräsident, der die kulturelle Bedeutung des Privatarchitektenstandes ausdrücklich mit freundlichen Worten anerkannt, stellte in Aussicht, daß er, soweit sein Einfluß auf die Reichs- und Staatsämter reiche, gern die Privatarchitekten bei der Erreichung dieser Ziele unterstützen werde. So viel an ihm läge, werde das Reich alles tun, um den für unser Kulturleben so wichtigen Stand der freien Architekten vor der wirtschaftlichen Vernichtung zu bewahren.

Hoffentlich wird man es, im Hinblick auf die große kulturelle Bedeutung der Frage, nicht versäumen, bei der Vergebung von Reichsbauten in Zukunft stets den Reichskunstwart hinzuzuziehen.

Filmbeziehungen zu Sowjetrußland. Es werden gegenwärtig in Berlin Verhandlungen zwischen russischen Regierungsstellen und europäischen sowie amerikanischen Filmgesellschaften geführt, die um Konzessionen in Rußland eingekommen sind. Die Absicht der russischen Stellen dürfte sein, sie — unter Einbeziehung sowohl des staatlichen Gostino als auch der russischen Privatunternehmungen — zu einem Syndikat für Organisation der Filmproduktion und des Vertriebes in Rußland zusammenzufassen.

Ueberfall auf Beckstein. Max Beckstein, der Berliner Maler, ist das Opfer der Unsicherheit auf den Straßen Berlins geworden. Auf dem Nachhausewege überfielen um 12 Uhr abends an der Ecke der Kurfürsten- und Reitelstraße, also an einer der meist begangenen Stellen des alten Westens, drei Männer den Künstler kurz vor seinem Hause. Der eine sprang von hinten auf ihn herauf und raubte ihm Uhr und Tabaksbeutel, den er statt der Brieftasche griff. Da der kräftige Beckstein sich der Kerle erwehrt, ließen sie von ihm ab und Sipos verfolgten sie, ohne sie fassen zu können. Für Beckstein aber hat der Ueberfall so schwerste Folgen, daß der Künstler an den Vorbereitungen zur Ausstellung der Freien Sezession, die am 1. Februar eröffnet werden soll und deren Vorsitz er führt, aufs schwerste behindert ist.

Der Stil im Bühnenbild. 6 Vorträge von Professor Rischel in Kunstgewerbe-Museum. Beginn heute Dienstag, 8 Uhr.

Max Nordau, der Mitbegründer des Zionismus und treibbare Journalist, dessen Schriften „Die konventionellen Lagen der Kulturmenschen“ und „Paradoxie“ in den 1880er Jahren viel gelesen wurden, ist in Paris, wo er seit länger als vier Jahrzehnten seinen Wohnsitz hatte, gestorben. Er war als Sohn eines Rabbiners

Kundgebung des AFA-Bundes.

Die Körperschaften des AFA-Bundes haben am 22. Januar im Industrieamtshaus zu Berlin getagt und sich in mehrstündiger Beratung mit der durch die Befehle des Ruhrreviers geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Lage eingehend befaßt. Es wurde allgemein gefordert, daß die Reichsregierung bei ihren weiteren Beschlüssen über den organisierten passiven Widerstand gegen das militärische Ruhrabenteuer unter allen Umständen vorher mit den Gewerkschaften und den Vertretungen der Berufsstände des Ruhrreviers Stellung nimmt. Die vom Referenten für die weitere Haltung des AFA-Bundes vorgelegten Richtlinien fanden die Zustimmung der Konferenz. An die Kameraden im Ruhrrevier wurde eine Kundgebung gerichtet. Vom AFA-Borstand sind sofort Schritte zur Ausbringung von Mitteln zur Unterstützung der Opfer des militärischen Ruhrabenteuers eingeleitet.

Regierung und Gewerkschaften.

Cestera fand unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Becker eine Besprechung mit den Führern der Gewerkschaften und der Konjunkturgesellschaften statt zur Erörterung der durch den Gewaltakt und Rechtsbruch der Franzosen und Belgier geschaffenen wirtschaftlichen Notlage. Es trat elamäßig die Auffassung zutage, daß den bedrängten Volksgenossen im Ruhrgebiet mit allen Mitteln das Aushalten erleichtert werden muß. Als Mittel hierzu wurde in erster Linie die Sicherung der Ernährung anerkannt.

Arbeitsaufnahme der Eisenbahner.

Nach Erfüllung ihrer Forderungen.

Dortmund, 23. Januar. (WZB.) Der Eisenbahnbetrieb ist wieder aufgenommen.

Sterkrade, 23. Januar. (Aöln. Ztg.) Als der Ausstand der Beamten und Arbeiter begann, besetzten die Belgier den Bahnhof mit einer Kompanie. Nach Verhandlungen mit dem Bahnhofsvorstand zogen sie später wieder ab. Jetzt ist der Betrieb wieder im Gange. Der Bahnhofsvorstand hat folgende Bedingungen gestellt: 1. vollständige Räumung des Bahnhofs, 2. kein Soldat darf den Bahnhof ohne Bahnsteigkarte betreten, 3. kein Beamter oder Arbeiter darf wegen des Ausstandes zur Verantwortung gezogen werden.

Verhaftung des Kölner Finanzpräsidenten.

Unter englischem Beistand.

Köln, 23. Januar. (WZB.) Kurz nach 10 Uhr abends erschienen vor der Privatwohnung des Präsidenten des Landesfinanzamts, Haehling v. Langenauer, drei Automobile, von denen eines mit französischen Offizieren, die anderen mit englischem Militär besetzt waren. Die französischen Offiziere eröffneten dem Präsidenten, daß sie einen Haftbefehl des französischen Befehlshabers in Bonn hätten und daß sie ihn nach Bonn abführen müßten. Der Präsident wandte sich an die englischen Offiziere mit der Frage, ob die Engländer die Genehmigung zur Vollstreckung eines Haftbefehls, der seines Erachtens eine neue Maßnahme gegen ihn darstelle, erteilt hätten.

Die Engländer erwiderten, sie wären nicht da, wenn nicht der englische Befehlshaber die Genehmigung erteilt hätte. Darauf wurde dem Präsidenten angedroht, er würde mit Gewalt abgeführt werden. Dieser fügte sich schließlich der Gewalt und ließ sich abführen. Die Franzosen nahmen ihn in ihr Auto und fuhren davon. Passanten, die Zeugen der Abfuhr waren, brachten ein begeistertes breifaches Hoch auf den Präsidenten aus.

Ungeklärt soll inzwischen die englische Befehlshaberbehörde erklärt haben, daß sie weitere frankobelgische Verhaftungen nicht zulassen werde.

Die oberste Justizbehörde soll auf Anfrage Bonar Laws die frankobelgische Aktion als Bruch des Friedensvertrages erklärt haben.

Neue Strafmaßnahmen geplant.

Paris, 23. Januar. (GZ.) Ueber die gestrigen Ministerbesprechungen in Anwesenheit des Marschalls Foch weiß die „Daily Mail“ zu berichten, daß ein Beschluß gefaßt wurde, um den Eisenbahnerstreik zu bekämpfen, die Bergarbeiter und Kohsarbeiter zu zwingen und eine vollständige Zolllinie um das Ruhrgebiet zu errichten und schließlich, um eine neue Währung im Ruhrgebiet einzuführen. Gewisse militärische Maßnahmen, über die aber striktes Stillschweigen beobachtet wurde, seien ebenfalls ins Auge gefaßt und von Poincaré und Marschall Foch gebilligt worden. Außerdem erzählt der diplomatische Mitarbeiter des Blattes, die französische Regierung wolle wegen der feindsinnigen Haltung Deutschlands und wegen des wiederholten Bruches des Versailler Vertrages eine energische Note an die deutsche Regierung abgeben, worin erklärt wird, die von deutschen Ministern unternommene Aktion sei eine scharfe Verletzung des Vertrages von Versailles und mache weitere Strafmaßnahmen erforderlich. Weitere Abwicklungen von französischen Eisenbahnern, Finanz- und Zollbeamten gingen gestern in das Ruhrgebiet ab. Die französischen Befehlshaber trafen, wie verlautet, Vorbereitungen, um gegen jede Verlegenheit, die entstehen könnte, gewappnet zu sein. Die Ausweisung aller preussischen Beamten aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinlande steht noch zur Erwägung.

Die kleineren Gewerkschaften lehnten die Aufforderung der neuen Regierung ab, 10 bis 12 Vertreter für den Staatsrat vorzuschlagen.

Devisenkurse.

	23. Januar		22. Januar	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden	7980.—	8020.—	8867.77	8912.23
1 argentinische Papier-Peso	7451.81	7498.60	8279.25	8320.75
1 belgischer Frank	1147.12	1152.85	1286.77	1298.23
1 norwegische Krone	8920.42	8989.58	4219.42	4240.58
1 dänische Krone	3890.40	3949.60	4329.15	4350.85
1 schwedische Krone	5478.27	5508.73	5985.—	6015.—
1 finnische Mark	498.76	498.46	555.00	558.40
1 japanischer Yen	—	—	10972.50	11027.50
1 italienische Lire	942.68	947.87	1057.35	1062.65
1 Pfund Sterling	98785.—	94285.—	104488.—	105012.—
1 Dollar	19950.—	20050.—	22344.—	22456.—
1 französischer Frank	1286.77	1298.23	1416.45	1429.55
1 brasilianischer Milreis	8740.82	8759.88	2518.08	2531.92
1 Schweizer Frank	—	—	4179.52	4200.48
1 spanische Peseta	3182.15	3147.65	3491.25	3508.75
100 österr. Kronen (abgest.)	27.53	27.67	30.42	30.58
1 rumänische Krone	552.61	555.80	611.46	614.54
1 ungarische Krone	—	—	8.12	8.18
1 bulgarische Lewa	—	—	186.65	187.35
1 jugoslawischer Dinar	—	—	159.00	160.40

„Patrioten“-Kauf.

In den letzten Wochen und Tagen sind uns verschiedene Mitteilungen über „patriotisch“ sein sollende Kundgebungen zugegangen, die sich in Cafés, Bierwirtschaften, Weinstuben und anderen Stätten des Genusses und des Vergnügens abgepielt hatten. Wenn die sich urteilt gebärdenden Hurra- und Nordpatrioten gehörig alkoholisiert sind, fordern sie von dem Klavierpieler das „Deutschlandlied“, die „Wacht am Rhein“ oder gar das „Heil dir im Siegerkranz“. Gewöhnlich kommt es dann zu erregten Auseinandersetzungen mit anderen Gästen, die sich weigern, bei der von solchen Leuten veranstalteten Kundgebung mit aufzusteigen. Mitteilungen über derartige Vorkommnisse sind stets lehrreich für uns, aber wir können natürlich nicht jeden dieser Auftritte in unserem Blatt verzeichnen und besprechen. Der folgende Fall, der uns aus einem Solat der Friedrichstadt gemeldet wird, mag zeigen, wie die betrunkenen „Patrioten“ das deutsche Vaterland vor dem Ausland bloßstellen. In dieses Solat ging nach Theater-schluß ein Amerikaner deutscher Abstammung, ein in Wesen und Gesinnung echt deutscher Mann, ganz der deutschen Sprache mächtig, stolz auf seine deutsche Herkunft, voll tiefen Rüchgeföhls mit der Not des deutschen Volkes. Sechs Herren der „höheren Stände“, die sich in Weinlaune verfeht hatten, wohl um betrunkenen ihrer „nationalen“ Trauer besser Ausdruck geben zu können, ließen die Kapelle die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland über alles“ spielen, größtes dazu, tanzten umher und hielten große Reden über die französischen Eindringlinge. Beim „Deutschlandlied“ forderten sie in frechem Ton den Deutsch-Amerikaner auf, sich von seinem Sitz zu erheben. Der aber antwortete ihnen: „Wenn ich betrunken bin, singe ich nicht mein Nationallied. Ich entehre dieses nicht, so wie ihr es tut!“ Beinahe wäre es zu einer Schlägerei gekommen, wenn nicht der Deutsch-Amerikaner, angeleitet von dem widerlichen Treiben, die Gostätte verlassen hätte, begleitet von den höhnischen Rufen der betrunkenen „Patrioten“. Treppend schreit hierzu unser Gewährsmann: „Gleich-läherweise ist nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes so wie diese „Patrioten“ und „nationalen“ Männer. Ist es aber nötig, daß wir immer wieder durch diese Leute in den Augen rechtlich denkender Angehöriger anderer Länder herabgesetzt werden? Noch dazu jetzt, wo die gesamte Kulturwelt auf unserer Seite ist gegen französischen Chauvinismus und Militarismus!“

Die Tariffschraube der Straßenbahn.

Arbeitsstreikung beim Personal.

In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates der Straßenbahn wurde über die beabsichtigte Erhöhung des Einheits-tarifes auf 150 Mark berichtet. Die Vertretungsdeputation wird sich am Freitag damit beschäftigen. Die „B. Z.“ macht darauf aufmerksam, daß man in Kreisen der Stadtverordneten, die der Deputation angehören, ernste Bedenken gegen das Anheben der Tariffschraube habe. Man hoffe mit 120 Mark auszukommen. So oder so wird ja die Lage der Straßenbahn immer schwieriger werden.

Um der Entlassung von etwa 1000 Mann vorzubeugen, will die Verwaltung auf Vorschlag des Betriebsrates eine Arbeitsstreckung herbeiführen, daß die Angestellten monatlich vier Tage weniger arbeiten und dadurch die Zahl der Arbeitsstunden von 208 auf 176 herabgesetzt wird. Die Entlassungen wären sonst angesichts der mitgeteilten Einkürzungen und der Eröffnung der Nord-Südbahn in Höhe von circa 1000 Mann unvermeidlich.

Schlagsahne aus Butter?

Eine Angelegenheit, die der Aufklärung bedarf.

Am 10. Oktober 1922 verbreitete der Amtliche Preussische Pressedienst eine Erklärung des preussischen Staatskommissars für Volksernährung, daß im Kühlhaus in der Köpenicker Straße 1450 Zentner Butter der Meierei Bolle lagerten. Diese Butter sei im Einverständnis mit dem Ernährungsamt der Stadt Berlin dort eingelagert und zu einem Großhandelspreise von 60 bis 100 M. für das Pfund eingekauft worden. Sie solle aber nicht dazu dienen, Konjunkturgewinne zu erzielen, sondern sei sicher-gestellt, um im Winter zu Emulsionsmilch für die Versorgung der Berliner Bevölkerung verarbeitet zu werden. Die Verwendung dieser 1450 Zentner Butter durch die Meierei Bolle würde „besonders“ beobachtet werden. Der Polizeipräsident und die Polizeipräsidentenstelle sei mit besonderen Anweisungen versehen worden, die Ein- und Ausgänge und die Lagerbestände an Butter für die kommenden Wintermonate scharf zu überwachen. Es wird nun behauptet, daß die Hälfte der eingelagerten 1450 Zentner Butter bereits aus den Kühlhäusern verschwinden sei, und als Schutter mit einem Konjunkturgewinn von ca. 2000 M. pro Pfund in den Verkehr gebracht worden seien. Auf Anfrage bei den Kühlhäusern der Norddeutschen Eiswerke wurde mitgeteilt, daß die obigen Angaben richtig sind, da zurzeit nur noch etwa 600 Tsd. Butter vorhanden seien. Erst in den allerletzten Tagen seien wiederum 100 Zentner von dem vorhandenen Quantum abgeholt worden. Das Milchamt Berlin aber erklärt heute, daß es mit der Einköpfung und der Ueberwachung der Butter nichts zu tun gehabt habe. Vielmehr habe das Milchamt im vorigen Oktober dem Oberpräsidenten mitgeteilt, daß das Milchamt eine rechtliche Grundlage zur Ueberwachung dieser Buttermengen nicht besitze. Dieses Schreiben sei dann dem Preussischen Staatskommissar übermittelt worden. Nach Ansicht des Milchamtes habe die Meierei Bolle damals vielleicht die Absicht gehabt, die Butter einzulagern, um im Fall einer Milchnot Emulsionsmilch herzustellen, zu deren Herstellung Butter notwendig ist. Tatsächlich hat aber die Firma Bolle Emulsion smilch nicht produziert, durfte das auch ohne Genehmigung des Milchamtes nicht tun. Es bestche schließlich, wie das Milchamt behauptet, die schwache Möglichkeit, daß die Meierei Bolle bisher 800 Zentner Butter verbraucht habe, um die bekannte „Cocos-Kaffeesahne“ herzustellen, die als „Original Schlagsahne“ in allen besseren Cafés und Hotels verabreicht wird. Nun besteht aber das strenge Verbot des Milchamtes, zur Herstellung dieser Ersatz-Schlagsahne Butter zu verwenden.

Die Angelegenheit bedarf dringend der Aufklärung durch die in Frage kommenden Stellen.

Die „Akademikerhilfe“.

Ein planmäßiger Sammel-schwindel, dessen Tragweite noch nicht zu übersehen ist, wurde in Berlin von zwei jungen Männern betrieben, die sich für Studenten ausgaben. Die beiden, die sich Reichenbart und Richter nannten, suchten seit Monaten Großhandlungen und Industriebetriebe auf und baten die Inhaber oder Vertreter um einen Beitrag für die „Akademikerhilfe“ zugunsten notleidender Studenten. Sie kamen stets in Band und Mähe, legten eine Liste vor, auf der schon erhebliche Beiträge gezeichnet waren und fanden überall Vertrauen. Die sie erzählten, handelte es sich um Arbeitsgelegenheit für Studenten und Geldunterstützungen zu freitlichen usw. Die Angesprochenen überzeugten sich aus der Liste, daß ihnen bekannte Geschäftsleute tatsächlich Beiträge bis zu 400 000 und 500 000 M. gezahlt hatten. Sie erfasen das besonders aus den Namenszügen, die ihnen bekannt waren. Jetzt ist es der Kriminalpolizei gelungen, die Schwindler, die Unsummen erbeutet haben müssen, zu entlarven und einen von ihnen festzunehmen. Der Verhaftete ist ein 21 Jahre alter Erich J., der Sohn eines Beamten. In der Wohnung des Verhafteten fanden die Beamten eine große Menge Stempel aller Art. Auf den Schwindel mit der „Akademikerhilfe“ soll ihn ein

23 Jahre alter aus Altona gebürtiger Herbert Richter gebracht haben, der zuletzt in der Königsstraße 23 zu Charlottenburg gewohnt habe. Diese Straße zählt aber nur 12 Nummern. Alle diejenigen, die um Beiträge für die „Akademikerhilfe“ angegangen worden sind, oder sonstige in Angelegenheiten, bei denen die erwähnten Stempel in Betracht kommen, oder die von Richter und seinem Verleiher etwas wissen, werden ersucht, sich bei der Abteilung Ia im Zimmer 348a des Polizeipräsidentiums umgehend zu melden.

Schwerer Kampf mit Einbrechern.

Am Sonntag früh hatten es Einbrecher auf das Wäschegehäuse von Karow in der Brunnenstraße 103, an der Ecke der Anklam-Straße, abgesehen. Sie wurden jedoch von Hausbewohnern beobachtet, und diese verständigten die Polizei. Ein Polizeibeamter, der zur Festnahme der Diebe schreiten wollte, wurde von diesen angefallen. Es gelang ihm jedoch, einen der Täter zu überwinden und festzunehmen. Der zweite lief davon und blieb auch auf Anrufe nicht stehen. Um sich der Festnahme zu entziehen, gab er mehrere Schüsse ab. Von den Schüssen des Verbrechers wurde der Polizeibeamter Eduard Ostwald aus der Bernauer Straße so schwer in den Unterleib getroffen, daß er schon auf dem Wege nach dem Lazarus-Krankenhaus verstarb. Der Verbrecher entkam in der Dunkelheit. Der Verhaftete wurde festgestellt als ein Hermann Blasig aus der Bernauer Straße, der schon 31 Jahre hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern gefessen hat.

Ein deutschsozialer Reinfall.

Einen bösen Reinfall erlebten die Anhänger Knüppel-Kunzes in Niederschöneweide durch die Rührigkeit unserer Genossen. Die deutschsoziale Partei hatte zu Montag abend 8 Uhr eine Versammlung der Ortsgruppe im 15. und 16. Bezirk nach Niederschöneweide einberufen. Zu der Versammlung, die sehr stark besucht war, waren Gäste durch Handzettel eingeladen.

Unsere Genossen machten von dem Gastrecht tüchtig Gebrauch. Als um 8 1/2 Uhr noch kein Referent erschienen war, gab ein Herr, der die Kontrolle an der Tür ausgeübt hatte, bekannt, daß er bebauern müsse, daß der Referent, Herr Merz, noch nicht erschienen sei; die Herrschaften mögen sich noch etwas gedulden. Aus der Mitte der Versammlung heraus wurde der Antrag gestellt, ein Bureau zu wählen und einen zufällig anwesenden Staatsratsmitglied das Referat halten zu lassen. Einstimmig wurden die Genossen Jung und Reimann in das Bureau gewählt. Genosse Reimann nahm als Referent zu dem Thema: „Wann endlich tritt eine Besserung der wirtschaftlichen und politischen Lage ein?“ das Wort. Nachdem die Versammlung in vollem Gange war, erschien Herr Merz und begrüßte das Bureau freundlich. Er war nicht wenig erstaunt, schon einen Referenten vorzufinden. Er wurde von der Leitung schnell aufgeklärt und fand sich mit der Sache ab. Als der Referent auf die Kriegsheher zu sprechen kam, verließen einige Damen und Herren die Versammlung zu füren. Als ihnen das nicht gelang, verließ ein Duzend den Raum. Herrn Merz wurde dann in der Diskussion 20 Minuten Redefreiheit gewährt. Es gelang ihm aber nicht, die Ideen und Ziele seiner Partei klarzulegen. Nachdem nun der Genosse Reimann noch das Schlusswort erhielt, wurde die Resolution gegen die Ruhrbesetzung einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten Ausgesprochenen Hoch auf die internationale Sozjaldemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Ein gefährlicher Filmbrand kam heute vormittag kurz nach 9 Uhr in dem Gebäude des Na-Film, Friedrichstraße 6, zum Ausbruch. Das Feuer entstand aus noch nicht aufgeklärter Ursache gleich nach Arbeitsbeginn in der im dritten Stock des Seitenflügels gelegenen Kiebel, in der augenblicklich eine ganze Reihe von Filmdrehschnecken fertiggestellt werden. Als die Wächter 1 und 9 an der Brandstelle eintrafen, stand bereits der ganze Kiebelraum in hellen Flammen, die auch Teile der Dachkonstruktion schon erfaßt hatten. Das Personal hatte sich aus den bedrohten Räumen rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Mit drei Schandsektionen wurde das Feuer angegriffen, doch bedurfte es erheblichen Wassereinsatzes, um den Brand, der an den Filmen, der Einrichtung und der Dachkonstruktion immer wieder Nahrung fand, zum Verlöschen zu bringen. Die Aufräumarbeiten nahmen noch längere Zeit in Anspruch. Der angerichtete Schaden ist ziemlich erheblich. Ein in dem Kiebelraum beschäftigter Angestellter erlitt beim Einschlagen der Fensterscheiben Schnittwunden an Armen und Händen.

Archprophet Richter. Nach der Unterbrechung in der gestrigen Verhandlung wurden die Pleidners der Verteidiger fortgesetzt. Rechtsanwalt Bah n plädierte für Freisprechung der Frau Spanier.

Erschleppte Steuerhinterzieher. Der Steuerhinterzieher beim Finanzamt für Umfahnen Berlin-West hat im Monat Dezember unter anderen zahlreichen Fällen auch zwei nicht deklarierete Privatverkäufe von Automobilen ermittelt. Klein in diesen beiden Fällen wurden von den Steuerpflichtigen an nachverlangter Steuer und Strafe 147 800 M. erhoben.

Für die „Winterhilfe, Volksgemeinschaft Berlin“, sind bisher über 30 Millionen Mark gespendet worden. Die ersten 20 Millionen Mark sind bereits verteilt und zwar an Bedürftige und bauernd Erwerbsunfähige, die von regelmäßig verdienenden Angehörigen nicht unterstützt werden. Dabei werden in erster Reihe möglichst über 60 Jahre alte Personen berücksichtigt. Die Zahl der Unterstützten wird, um eine wirksame Hilfe zu ermöglichen, so bemessen, daß Beträge nicht unter 1000 M. gezahlt werden. Die Auswahl erfolgt befehleumäßig durch die paritätischen Bezirksausschüsse. Weitere und entsprechend der Geldwertung hohe Spenden werden dringend erbeten, da die Rot mit jedem Tag färdertlicher wird. Eignete Vorkassekonto der „Winterhilfe“ Berlin W. Nr. 143 700; Adresse: Berlin W. 20, Propst 22.

Verursachliche Beiträge. Das Bezirksamt Charlottenburg veranstaltet in der Zeit vom 23. Januar bis 31. März 1923 im Räckchen Saal des Rathauses, Berliner Str. 72/73 verursachliche Beiträge in Wort und Bild. Die Beiträge behandeln: Das Groß-Berliner Wirtschaftswesen; die Aufgaben des Altersamtes bei der Berufsberatung; Gewerbliche Vereine in der Metallverarbeitung; Gewerbliche Vereine in der Metallverarbeitung (Fortsetzung); Die Frau im Handwerk; Vereine der Bauerngewerbe; Vereine der Landindustrie; Die Dankgastelle und Beamten in Stadt und Land; Die Frau in der Landwirtschaft; Die Kinderheilerin; Vereine des Berufsbildungsgewerbes und der Papierindustrie; Vereine des Selbstbildungsgewerbes und der Lederindustrie; Freie Berufsarten; Vereine der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie Gash- und Schmelzwerke; Danbri-gewerbe; Handelsgerichte (Fortsetzung); Land- und Forstwirtschaft; Der Gärtner; Der ungelernete Arbeiter; Die ungelernete Arbeiterin. Tag und Stunde der Beiträge sind an einzelnen bei Stelle VI des Arbeitsamtes, Abteilung Berufsberatung, Bismarckstr. 56, Fernsprecher: Amt Wilhelm 7800/7803.

Die Lawine. Eine Gesellschaft von 15 Genfer Alpinisten ist im Tal von Champéry von einer Lawine überrollt worden. Alle 15 wurden verjährtet. Schließlich gelang es drei von ihnen, sich aus dem Schnee zu befreien. Der Führer namens Collet ist getötet. Das Schicksal der übrigen ist noch unbekannt. Es sind zwei starke Rettungskolonnen zur Hilfeleistung abgegangen worden.

Schwerer Rodelfall. Auf der Rodelbahn der Bundesstrasse fuhr ein mit drei Personen besetzter Rodelfahrlift so heftig gegen einen Baum, daß einem Wirtschaftsbeamten der Kopf zer-schmettert wurde. Er war auf der Stelle tot, während zwei junge Mädchen in schwerverletztem Zustande dem Krankenhaus zugeführt wurden.

Schiffszusammenstoß auf der Schelde. Auf der Schelde sind die beiden Dampfer Nautilus und Australis zusammengefahren. Der erstere sank in sehr kurzer Zeit. Vier Mann der Besatzung sind dabei umgekommen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst etwas kälter, viel-schnee heiter, bei trüblichen nordwestlichen Winden. Nachher neue Erwärnung, Trübung und geringe Niederschläge.

